

## Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung



**Editorial** Am 1. Juni hat das Stimmvolk die Vorlage «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» mit einem Neinanteil von 69,5% wuchtig verworfen. Alle Stände haben die Verfassungsänderung abgelehnt, die Romandie noch deutlicher als die Deutschschweiz. Die SSO hat klar gegen diese patientenfeindliche Vorlage Stellung bezogen; unser Sekretär hat den Befürwortern bereits Anfang Jahr eine klare Niederlage prophezeit. Wenn Patienten- und Konsumentenorganisationen, Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Physiotherapeuten, Zahnärzte und nicht zuletzt die Kantone gemeinsam gegen eine Sache antreten, dann haben die Lobbyisten der Krankenkassen einen schweren Stand. Haben diese Kreise die demokratische Lektion begriffen, die ihnen das Volk erteilt hat? Haben sie verstanden, dass Patienten ihren Arzt, ihre Zahnärztin frei wählen wollen und darum das Kassendiktat abgelehnt haben? Nein. Bereits im Februar, mehrere Monate vor dem Volkentscheid, hat die Gesundheitskommission des Ständerates erklärt, dass sie ihre Arbeiten zur Lockerung des Vertragszwangs auch bei einer allfälligen Ablehnung des Verfassungsartikels weiterführen werde! Mit anderen Worten: Die Lobbyisten der Krankenkassen erklärten bereits im Voraus, dass sie eine allfällige Niederlage nicht akzeptieren werden. Ein solches Demokratieverständnis steht gewählten Repräsentanten des Volkes schlecht an. Es lässt sich nur durch den Umstand erklären, dass zahlreiche Parlamentarier als Interessenvertreter der grossen Krankenkassen agieren. So heisst es auch jetzt wieder: Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung. Die Auseinandersetzung um die freie Arzt- und Zahnarztwahl geht in die nächste Runde.

**Marco Tackenberg**

Dieser Text erscheint leicht angepasst gleichzeitig in «Politik + Patient», der gesundheitspolitischen Publikation des Verbandes deutschschweizerischer Ärztegesellschaften VEDAG.